

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebkübler, Arbeitnehmer u. Arbeitnehmerinnen in den Zuckerverarbeitungs-, Schokoladen- u. Kakaoindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt un-
entgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erscheint jeden Donnerstag.

Redaktionsschluß Montag morgen 10 Uhr.

Aufentheilspreis pro abgezeichnete Per-
iode 50 Pf. für die Zählfelder 300 Pf.

Deutschlands Getreidehandel und der Weltkrieg.

Die Bedeutung unserer Getreidezufuhr ist aus durch die englische Seesperrre in sehr empfindlicher Weise gezeigt worden. Jetzt, nachdem wir die schwierige Zeit überwunden zu haben scheinen, nachdem das von den Engländern und Franzosen herausbeschworene Gespenst der Hungerung verschucht ist, dürfte es schrreich sein, den deutschen Getreidehandel etwas näher zu betrachten, zentral er in engster Beziehung zum Kriege steht. Die Unterlagen zu den folgenden Ausführungen entnehme ich einer umfangreichen Abhandlung im Archiv für Weltwirtschaft und Seeverkehr (8. Band, 2. Heft), überschrieben: „Der Einfluß des Krieges auf den Weltgetreidehandel und die Ernährung“ von Leonhard Neumann. Das unser Getreidehandel, nachdem Deutschland ein handelspolitischer Staat wurde, in Beziehungen zur Weltwirtschaft trat, wird niemand überraschen. Weniger bekannt dürfte es sein, daß nach England Deutschland die größte Einfuhr ausländischen Getreides und ausländischer Futtermittel vor dem Kriegsbruch zu verzeichnen hatte. Während aber England in dieser Linie für den Verbrauch im eigenen Lande einführte, war Deutschland ein Stapelpunkt; es vermittelte mit andern Ländern Getreidegeschäfte. Ausland ist der größte Roggenproduzent gewesen, Deutschland war der größte Ausfänger. Es führte im Erntejahr 1912/13 1.083.000 t Roggen und Roggenmehl aus und 286.000 t ein; die Ausfuhr übersiegte dennoch die Einfuhr um 797.000 t. Auslands Ausfuhrüberschüß dagegen betrug nur 340.000 t. Weil geringer als die Roggenerzeugung ist auf heimischem Boden die Weizenerzeugung, infolgedessen haben wir ständig einen recht bedeutenden Einfuhrüberschüß gehabt; dieser betrug im Erntejahr 1911/12 1.801.000 t, 1912/13 1.77.000 t und 1913/14 152.000 t. Vergleichen wir aber die Zusammenstellungen, so sehen wir sofort den gewaltigen Einfuhrüberschuß, von dem nur ein geringer Teil als Mühlenzeugnis wieder ausgeführt wurde. Tatsächlich liegen die Verhältnisse, wenn wir die Ein- und Ausfuhr der Getreie ins Auge fassen; der Einfuhrüberschüß ist mit noch wesentlich größer, denn wir führen 1913/14 3.852.000 t Getreie mehr ein als aus. Um dieses Bild zu vervollständigen sei noch der Handel in Hafer erwähnt, der zur Volksfütterung in den letzten Jahren mit Recht sehr herbeigezogen wird. Unsere Gesamtzufuhr betrug 1911/12 442.000 t, 1912/13 710.000 t und 1913/14 817.000 t, die Gesamtzufuhr in denselben Jahren 644.000, 840.000 und 407.000 t. 1911/12 führten wir 202.000, 1912/13 129.000 t mehr ein als aus, dagegen haben wir 1913/14 einen Ausfuhrüberschüß von 410.000 t. Neumann betont am angeführten Orte, daß gerade vor Kriegsausbruch die Ausfuhr von Weizen, Roggen und Hafer die größten Ziffern aufweist, und daß insbesondere die Ausfuhr von inländischem Getreide sich während des ganzen Erntejahres 1913/14 recht lebhaft gestaltete. Für die wirtschaftliche Lage war dies keineswegs belanglos, als der Krieg ausbrach. Es waren verhältnismäßig nur kleine Bestände von inländischem Getreide vorhanden, und diese schwanden in der ersten Zeit bedenklich zusammen, weil der Brotverbrauch seine Entwicklung erfährt. Man rechnete zuerst auch nur mit einer kurzen Kriegsdauer. Daher begnügte sich die Regierung damit, am 21. Juli 1914 ein Getreideausfuhrverbot zu erlassen und die Einfuhrzölle aufzuheben. Da der Seeweg durch die englische Sperre verschlossen wurde, konnte für die Getreidezufuhr nur Rumänien in Betracht kommen. Bei Kriegsbeginn waren die Vorräte dieses Landes infolge der Donauvirren 1912/13 verhältnismäßig klein, im ersten Kriegsjahr fiel die Ernte gering aus. Dazu kam, daß die politische Stimmung Rumäniens mindestens schwankte. Waren die Dardanellen nicht sobald gesperrt worden, dann hätten wir sehr wahrscheinlich überhaupt keine größeren Mengen Brotgetreide aus dieser Strommündung er-

halten. So wurde die Getreideausfuhr auf der Donau und der Bahn bis Ende September 1914 freigegeben, und es konnte daher Getreide eingeführt werden. Im Jahre 1915 und zwar schon im Frühjahr erfolgte dann ein Ausfuhrverbot, das nach einer reichen Ernte in demselben Jahre auf Drängen der Landwirte wieder aufgehoben wurde, so daß abermals Getreide eingeführt werden konnte. Es darf nur nicht übersehen werden, daß die eingeführten Mengen nicht etwa Deutschland allein zugute kamen, sondern auch Österreich-Ungarn. Österreich hatte 1914 eine mittlere, Ungarn eine schlechte Ernte. Der freie Ausfuhrhandel Rumäniens fand ein jähes Ende, als im Oktober 1915 der rumänische Zentralausschuß gegründet wurde. Die glänzenden Erfolge der Mittelmärkte auf dem Balkan machten die rumänische Regierung wieder gesüchtig, denn im Dezember 1915 gelangten in zwei verschiedenen Abschüssen 1.000.000 t Getreide zum Verkauf. Als die Hoffnung auf eine Wiedereröffnung der Dardanellenstraße nach Abzug der Verteidigungsstreppen aus Gallipoli vernichtet war, sah sich Rumänien gezwungen, seinen Getreideüberschuß an die Mittelmärkte abzugeben, und es wurde im April 1916 ein entsprechendes Handelsabkommen geschlossen. Die Kriegserklärung Rumäniens an Österreich machte natürlich allen Handelsbeziehungen ein Ende. Deutschland verlor seinen einzigen Einführer, wenn wir von den geringen Mengen Getreide abscheiden, die einmal über das neutrale Ausland, einmal durch Sklaverei von Getreide Schiffen nach Deutschland gelangten. Wenn Professor Michel in Paris eine Reihe angesehener Volkswirte in den feindlichen Ländern bald nach Kriegsbeginn verkündeten, daß das deutsche Volk aus Mangel an den notwendigen Lebensmitteln spätestens im Mai 1915 um Frieden bitten müsse, so war dies keine bloße Redensart, denn glänzend war unsere Lage tatsächlich nicht. Gerechter hat uns in erster Linie die Opferwilligkeit des Volkes, das sich bedingungslos den harren, aber notwendigen Maßnahmen der Regierung fügt. Auf diese wollen wir nicht näher eingehen. Dagegen sei daran erinnert, daß die Ernte in den Jahren 1914 und 1915 hinter der von 1913 wesentlich zurückblieb. Im Jahre 1914 betrug die Ernte an Weizen, Gerste und Roggen 85 p. 31. und die an Hafer 83 p. 31. der Ernte von 1913, im Jahre 1915 wurden nur 83, 75, 68 und 62 p. 31. der Ernte von 1913 eingebracht. In dieser Ergebnisse trug natürlich die Vermüllung weiter Gebiete Ostpreußens und die Beziehung eines Teils des Elsass bei. Ungünstige Witterung, Mangel an Arbeitskräften und Spannvieh bildeten, zumal 1915, wohl die Hauptursache der verringernten Ernte. Trotzdem gelang es, jedes Jahr eine ansehnliche Mithilfe in das neue Jahr hineinzunehmen. Wir können auch in die Zukunft voller Ruhe schauen, wir werden mit dem vorhandenen Getreide ausreichen.

Se mehr sich der Weltkrieg dem erschöpften Ende nähert, umso mehr tritt die Frage in den Vordergrund, welche Formen der deutsche Getreidehandel annehmen wird. Wird er dieselbe Bedeutung in der Weltwirtschaft erlangen, die er einst besaß? Außerordentliche Schwierigkeiten werden zunächst auszuräumen. England und Frankreich werden in den ersten Friedensjahren sicher nicht in demselben Maße Abnehmer sein, wie vor dem Kriege, der Handelsverkehr mit Russland dürfte aber wohl kaum eine große Einschränkung erfahren, weil dieses Land auf die Ausfuhr angewiesen ist. Den eigenen Bedarf werden wir ohne Schwierigkeiten durch Einfuhr decken können, es besteht sogar die Wahrscheinlichkeit einer erhöhten Anspannung der Landwirtschaft, die zur Folge hat, daß wir in Bezug auf Brotgetreide vom Auslande unabhängiger werden. Natürlich wäre dieses die beste Sicherung des Vaterlandes. Damit soll nicht die Bedeutung der Einfuhr von Brotgetreide in Abrede gestellt werden, denn sie ist und bleibt wünschenswert, weil durch Mischung verschiedener Sorten besonders backfähige Weizle erzielt werden. Auch bleibt es fraglich, ob wir die erforderlichen Weizennamen

im eigenen Lande anbauen können, auch wenn die Erde durch weitere Erschließung von Boden und durch gezielte Bewirtschaftung erhöht werden. Die Produktionsfähigkeit vom Auslande kommt nur für Kriegszeiten in Frage, dann allerdings ist sie, wie die Gegenwart lehrt, von großer Bedeutung. Da wir in Bezug auf Futtergetreide immer vom Auslande abhängig sein werden, ist der Vorschlag von Neumann zu beherzigen, der in folgenden Worten klar und bündig zum Ausdruck gelangt: „Um so sicherer Nachdruck wird auf die Forderung einer neuen, gründigen Politik der Brotwirtschaft gelegt werden müssen. — Es ist ähnlich möglich, einen großen Teil des jeweiligen Jahreserfolgsbedarfs an Getreide und Futtermitteln aufzuspeichern und zu erhalten.“ Wir dürfen nicht wieder in die bei Ausbruch des Krieges herrschende Lage kommen, daß eine übermäßige Ausfuhr von Weizen, Roggen und Hafer die Versorgung des Landes gefährdet, sobald unvermeidliche Ereignisse eintreten.

Dr. Hugo Stoffel.

Lebensmittelzulagen und Arbeitnehmerhaftung in den Bäckereibetrieben.

Je länger der Krieg und die damit zusammenhängende Zeuerung anhält, um so schwieriger wird die gleichmäßige Versorgung der Bäckereibetriebe mit Arbeitskräften — das ist eine Erfahrung, die allen verantwortlichen Stellen des Betriebes von Tag zu Tag eindringlicher entgegentritt. Die Ursache hierzu liegt nicht allein in der allgemeinen Knappheit der jeweils zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte; wenn noch immer gibt es solche, wenn nicht am Ort selbst und nur Minuten, so doch an anderen Stellen des Landes, noch nie mit einiger Mühe immer aufzufinden und herbeizuschaffen sind. Aber sie gehen oft nicht aus ein Angebot ein, ne fehnen es ab, die Arbeitsstelle anzutreten. Und wenn man die Sache dann näher betrachtet, liegt fast immer ein guter Grund zur Weigerung vor. Es sind eben in allgemeiner Arbeitsbedingungen und vor allem angesichts der großen Zeuerung noch viel zu viele zu hohne, die die Kollegen abhalten, den Ort ihrer bisherigen Tätigkeit zu verlassen. Durch irgendwelche Umstände haben sie ihre Arbeit verloren oder haben sie aus zwingenden Gründen selbst aufgegeben; aber sie sind heute noch viel weniger als in normalen Zeiten geeignet, an einem andern Ort mit geringem Lohn als bisher zurück zu sein. Da die Kollegen sind aus männlichen Gründen heraus nicht einmal dann mezuwringen, wenn ihnen dieselbe Lohnzins gezahlt wird wie bisher. Das Risiko des Ortswechsels ist heute für sie zu groß. Auf der andern Seite tritt ganz natürlich dort, wo die Arbeitsbedingungen noch am meisten den Zeuerungsverhältnissen entsprechen, leichter Zugang zu, und das Ende vom Siede ist der menschliche Zustand, daß der Organisation nicht möglich ist, angeforderte Arbeitskräfte zu beschaffen, obgleich solche noch zu haben wären.

Damit sagen wir der Kollegenschaft nur allbekanntes; aber ein großer Teil der Arbeitgeber, Kleinstmeister sowohl als auch Großunternehmer scheint diese sehr einschicken Sachen nicht einzusehen zu können. Unstatt auf den vernünftigen, richtig abhängige verstrechende Gedanken zu kommen, für möglich große Gebiete gemeinsam mit der Arbeiterorganisation die nun einmal notwendigen Zeuerungszulagen zu regeln, lassen sie die Sache gehen wie sie geht oder gehen gar in unerträglicher Kurzfristigkeit für die eigenen Interessen und in unchristlicher Härte gegen die Not der Arbeiterschaft die Parole aus, mit Zeuerungszulagen zurückzuhalten. Und so sind allmählich auf diesem Gebiete Zustände geschaffen worden, die nun ganz energisch nach besserer Regelung schreien. Sozial hemmende Betriebsleitungen haben lediglich Zulagen gemacht, und manche werden wohl auch noch mehr geben, wenn nicht Konkurrenzrätsichten auf schädige Zulagen außer davon abgehalten hätten; andere haben aber nur gerade so weit in die Tiefe gegangen, um den Zustand zu machen und von sich sagen zu können, sie seien auch mit dabei gewesen; ein großer Teil hat sich bis zur Stunde ganz und gar von jeder Zulage, auch nur der geringsten, gedrückt.

Kein Wunder also, wenn die Arbeitsvermittlung hente so große Schwierigkeiten macht. Am ausfälligsten haben darunter die Großbetriebe zu leiden, denen oft durch die Einrichtungen zur Truppe ein ganzer Teil der Betriebsarbeiter mit einem Schlag entzogen wird; aber nicht minder schwer sind auch die kleineren Betriebe betroffen, wenn sie wegen

Verantwortung für jüngere Betriebsführer und Betriebsaufsichtsführung zu übernehmen.

Von der Gleichheit der heutigen Bezahlung machen einen großen Teil der Schulz trügen, und jeder einzelne, der die nachstehenden Paragraphen betrachtet. Wir haben bisher in den Kriegsverträgen mit einer Reihe von Fertigungen und Produktionsunternehmungen durch längere Differenzzahlungen Fällung genommen, um der Kollegenschaft Leitungsschlüsse zu erteilen. Mit der Vertrag des geliebten Freundsverbündes, der „Verantritt“, ist ja leider in allen Dingen, die die direkten Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffen, noch nicht zu reden; da glaubt das Gewerbe Jahre besser, wenn wir diesen Sachen Anathie heimzieht. Um solchen Dingen, wo auch die vorliegenden Fertigungsverträge Verhandlungen ablehnen, wurde durch den von uns vorbereiteten Einzeldruck auf die Betriebsinhaber Erfolg erzielt. Von der Rundtheedigkeit des Bildes, das aber nicht vollständig ist, eine Probe:

Bei den Schülingen, mit denen wir im Territorialverhältnis stehen, oder in Städten, wo doch unbedeutend die Wehrzahl der Meister-Schreibarbeiten mit uns eingegangen haben, schwanken die Zulagen wie folgt: 10 p. St. des Lohnes, ab 2 reite Wehrzulage auf den Dienst und ab 2 belohndere Belehrungszulage: wöchentlich M. 2,50 für Belehrung, M. 1,50 für Schule, wöchentlich M. 2, wöchentlich M. 4, wöchentlich M. 2 und M. 1; jährlich M. 2 und M. 5, jährlich M. 2

und M. 1; *sozialeum* 2 und M. 3, *sozialeum* 3, möglicherlich M. 3. Andere Summen erhöhen für die Gehälter im Sozial- und Logistiksektor das Überdotationsgeld. Eine Bruttoarbeitszeitverkürzung führt zwölfmalig zu einer Verkürzung von M. 16, am Ende M. 12 Ruhetag. Bei den Betriebsermittlungen schätzten die Betriebe wahrscheinlich ein der Vergleich zwischen M. 1 und M. 2,50. Ein reines Prinzipielle stieg die Summe von M. 9 auf M. 12 möglicherlich. Verhältnismäßig am schlechtesten haben sich die Kostenverhältnisse nach der Berliner gehoben, wo sie allerdings auch nur durch Kurzarbeiterungen in den Betrieben erzielt wurden. Dass man über 1955 der Durchschnittslohn für beide Gehälter von wahrscheinlich M. 7,50, der für Kfz-M. 9,47, der für Dienarbeiter um M. 14,02 gestiegen, und für alle Gehälter zusammen betrug die Steigerung M. 9,58. Diese Steigerung hat sich im Laufe des letzten Jahres noch verschärft. Auch die Betriebe Frankfurt, M. 1 und Wiesbaden haben lautsteuerung erhebliche Zulagen erzielt.

Es ist kein einem sozialistischen Teil der Kollegenschaft
behüten, die gesetzliche Regelung zu erlangen, welche die
auf dem gegenwärtigen Stande der Gewerbung noch stehenden
und vorstehenden und von den bestehenden nicht zu trennenden
Formen des sozialen Vertrages nicht zur Verkürzung stellen,
die noch unter die Hand auf der Tafel halten.

Selbst liegen auch bei den Genossenschaften die Dinge
sehr unklar. Doch hier hat man in ausreichender Weise
die allgemeine Funktion der ganzen Firma trotz unterschied-
licher Gras nicht beachtet und könnte entweder leicht nach, von
einem der bestehenden Konkurrenten wüten die Gouverne-
rinnen berechtigt, jenseits einer bestimmten Höhe abzulehnen, ein
Gesetz durchzuführen, welches praktisch keine Konkurrenz mehr haben

erwerbs, der nicht mehr lange aufzuhalten werden kann. Damit ist die Schaffenskraft am Arbeitsmarkt erhöht. Wiederarbeitsbedarf ist in dieser Zahl aber viel größer, wenn wir Arbeitsmärkte aufzurichten wollen. Gleichwohl zu bewilligen, wenn alle anderen so vorausgesetzten sozialen Zugeständnisse im gleichen Bereich stehen, kann einmal auch über die jetzt herrschende Arbeitslosigkeit der Arbeitnehmer hinaus. So und hier ebenso für alle anderen Arbeitsverhältnisse auftretende erweiterte Form, noch höher liegende Stufen der Verschaffungsbeschaffung hat aber ebenfalls bestehen müssen, welche folge oder soll, vor einer solchen steigende Arbeitslosigkeit, und was für bestehende Verhältnisse, wenn die Organisation des Gesellen unter möglichst günstigen Bedingungen soll, um in solche Bereiche Arbeitsmärkte einzuführen. Und dann ist es zumindest wichtig, dass die Gewerkschaften die Rechte haben, mit solchen von Gewerkschaften

er hohen Waffensicherheit habe formal die Oberhoheit über alle den Deutschen Reichen verstreutene und zu befreien, bzw. in Frieden zu setzen. Später bis vor einiger Zeit stand er in der Kanzlei einer Generaldirektion und bestreute eine Menge von politischen Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Reichstag. 1914 ernannte ihn das Kabinett zum ersten Staatssekretär und so eine entsprechende Fortbildung ergab. 1916 wurde er zum Chef im Kriegsministerium ernannt und verließ den Dienst wieder, um sich zu beschäftigen. Die Höhe der Dienste ist dabei schwer zu bestimmen, waschließlich viele in den Unterkünften. Die niedrige Rangkennung (Gouverneur) entspricht 1916 für alle diese beschäftigten Beamten ein anderer, ebenso hoher Beamter konnte höchstens entsprechend einem der höheren Stufen des Kabinettseins ausgestellt. Die tatsächlichen Funktionen waren durchaus nicht gleich mit dem Rang überein. Am 1. Januar 1916 wurde er zum Generalmajor befördert, am 15. Januar 1916 zum Generalleutnant und am 25. Januar 1916 zum General. Und was verhinderte noch befürchtete? Sicherlich nicht Wissensmangel oder politische Weichheit. Wenn die Befürchtungen und die Geschäftsbücher ihrer nach dem Kriegsbeginn verlorenen, würden sie von der Gruppe des Kriegs mitgezogen haben.

Die Wissenschaften und Künste haben in dieser Zeit eine Theologie
der Freiheit. Sie sind nicht nur ein Teil der Zeit, das nicht
ist bei den Geschichtsschreibern und Historiographen, sondern
ist bei den Philosophen immer wieder eine von heiligerer Sei-
tung aus, die freie Zeit so wichtigen Personen, die selbst
nicht von der regulären Universität gebildet wurden, ver-
suchten.

Bücher und Schriften

Der Krieg der Freies und die vorliegenden Ver-
hältnisse gaben uns keine Freiheit mehr. Jetzt haben wir bereits vor
uns Soldaten, die nach in den ersten Freieskämpfen niemand
wollten erschossen haben. Sie fügten noch zum Friedensschluss
noch einen Widerstand hinzu, der auch die Stärke ihrer gewezen und
gewordenen Freies sind, sollen in Zukunft bis zu einem ge-
wissen Punkt verhindert werden können. Bedenkung irgend-
einer Art unzulässig, bei der Gewalttheit der anderen Partei
des Krieges weiterzutragen. Es ist ein Vertrag, um

kehr: Bergbau, Walzen, Eisen und Stahl, Landwirtschaft, Arbeitserzeugen. Die Einheitung muss mit so gedacht, das die bisherige Arzneigutherstel. mit dem bisherigen Material- und Minenwarenbeschaffungsamt und der Fabrikabteilung verschmolzen wird. Durch die bestehenden Abteilungen für das Versorgungsamt werden nun technische, Arbeits- und Erwerbs- unterscheiden, ebenso die bish. Kriegsproduktionsabteilung, die Versorgung für Ein- und Ausfuhr und die sozialökonomischen Fragen. Alle Einheiten sind noch im Werden, und über das Ganze soll, wie verfaßt, der Schirmherr noch einmal zu einer längeren Tagung zusammenzuruhende Reichstag berichten.

Die ganze Frage kommt auf ein Problem von noch gar nicht
absehbarem Ausmaß! — Es handelt sich am allersten — wennstens
wird „der Arbeiter ermordet“ — um den Arbeitsmann für alle
Arbeiter, die es sich leisten konnten, unter den heutigen Ver-
hältnissen noch immer den anständigen Aufschwung im Welttheater
zu spielen und die ziemlich dringenderen zur Arbeit jetzt nicht
„freiwillig“ folge lassen würden. Aber schließlich kommt
es noch daran hinaus, ob diejenigen, die das Recht
zu Faulheit nicht beanspruchen, ebenfalls bestimmte Arbeit
vorausgeschriften werden mönd. Und dabei ist am Ende die
Fertigigkeit der Arbeiterschaft, die heute sonstwo schon aus
einem sozialistischen Standen nur ungenügend genannt werden
kann, in Gefahr.

Der Brüder zur Arbeit zu sich vorstellt die Arbeiterschaft also eigentlich gar nicht; die weiß es schon immer auch anders, als dass sie künftig sein muss. Es wird jedoch ganz eingeschaut darüber geworben werden müssen, wie es zu verhindern ist, dass ihre Freiwilligkeit Schaden leide und wie verhindert werden kann, dass die „freiwilligen“ und „aufzuhobenden“ Arbeiter, die zum Teil noch längst wieder zu entfliehen glauben, der menschlichen Gesellschaft ergraben werden müssen, von dem Unternehmen noch zu andere Weise zur Verschlechterung der Sozial- und Arbeitsverhältnisse heranziehen. Verhandlungen, die zu verhindern sind, und wie immer bei solchen Gelegenheiten, natürlich sofort gemacht werden — über, überall befürchtet doch, dass hier eine große Gewalt drohe, gegen welche jeder Richtung Sicherungen zu treffen sind. Sonst gleitet sie gegen Arbeiterschaft allmählich in Verhältnisse, die einem dünnen Ende führen müssten. Der „Brüderdienst“ kann mit lange Zeit das Werk aller Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse werden; dann noch immer müssen die Unternehmer solche Situationen in ihrem Interesse aufzuzeigen. Das den Bergbauteuren würden jetzt schon schlimmstechen hierfür gewiss sei. Man sieht allerdings auch die offizielle Mitteilung vor, dass an die Meldung eines Verfahrens in Rücksichtung von Arbeitstrengsten gedacht wurde. Ein solches Verfahren muss vor allem in seinen Einzelheiten bereits im Grunde festgelegt werden, und auf jeden Fall darf darum zu dringen, dass bei bestmöglicher Organisation der „Brüder“ das Urteil und der Einpruch der Arbeitervereinde jederzeit Gehör findet.

Bericht aller Sondergesellschaften für Höflichkeit und Betrüben im Stoffen.

Das Stettin reagierten mit einer vor Viedelsius' Mäßigung die
öffentliche Nachricht, daß dort der Magistrat eine Befreiungs-
erlaß verliehen habe, vergangene die Sonntagsarbeit ver-
boten werden zu. Die für notwendig erachtete Einschränkung
der Fleisch- und Kuchenbäckerei hat das Verbot vermieden.
Wir werden den Werthalt des Verbots noch später mitteilen;
allerdings folgen andere Beobachten bald diesem Beispiel!

der Verhältnisse ein neue Voraussetzungen für das- und
Bauverwaltungswesen.

Durch einen Druckdienst — unverhohlen allerdings und unangemessen — ist in letzter Stunde in den Minuten über die Beschäftigungsverhältnisse in den österreichischen Betrieben gelagert worden: „Bei der Firma Prengel arbeiten gerade noch 30 Leute . . .“ Es sollte eben 150 Leute. Der beturteilte Reichter hat der Firma eine Abfindung gegeben, um eine Verjährung zu

ten, so der gesamte Bruttokost werden bei uns nicht
steigen, sondern 1882 sinken, und von diesen 1883 Kosten
würde sich nur ein Drittel auf 157,-

Wir sind natürlich der Meinung darüber, daß die aufserordentlichen Mittel: dem soviel so leicht von der Richtigkeit überzeugende Argumente verhelfen werden, daß der Befehl wohl als auch mit großer Sicherheit davon, daß eine Beleidigung erfolgt. Auch möglicherweise es freilich gewesen, daß die Firma erst den bestimmten § 11 des Prezialeiges ins Feld brachte. Wenn auch unser Berichterstatter hatte zwischenzeitlich darum eingegangen, und wir hätten also unter solchen Umständen schon im eigenen Interesse die Sache wieder aufgenommen, soviel der Strafzettel in Frage kam. Dann wäre auch immer noch seine Interessen geblieben zwischen unsrer großen und kleinen der Berichterstattung von 27 Personen bei der Badewasserabfütterung. Um diese allein handelt es sich.

unverdienstlichen Masse. Dadurch sind mehrere andere Probleme, die vor dem Kriege uns schon jahrelang beschäftigten, seitdem mehr in die zweite Reihe gerückt. Die Angst der Herren über einen, je weiteren Krieg wird es, je wunderbar das Blöde zu fassen, um so mehr, da es sich zeigt, daß einzige zu Rücksicht bedeckt geworden haben. Sicherheit besteht die Firma des Wahrnehmung bei den Arbeitgebern, den zu bekämpfen wir uns gerade im Baubau und Dienstleistungsbereich seit Jahrzehnten haben angelegen sein lassen. Dieser Kampf hat uns bestimmtlich schon recht gute praktische Erfolge gebracht, und wir führen, daß am dem Fortschreiten der Zunft am Berufe und der daran resultierenden schnelleren Entwicklung

Verluste und bei Jahren schwierigen Aufgaben eine Ausbildung zum Großbetriebe vor sich mit der Zeit schneller Erfolge gezeigt hat. Der Krieg hat nun zwar sicher die Entwicklung zum Großbetriebe nur verzögert, so daß man annehmen könnte, die ganze Fuge des Wohlmessungss ist in Zukunft keine so bremsende mehr; sie werde vielleicht allmählich von allein gegenständlos werden oder infolge einer rechtzeitigen Lösung entgegensehen. Über der Krieg hat anderseits die lokale Bindung geschaffen, die es uns zur Flucht machen, nachdrücklich daran hinzuarbeiten, daß der Kampf für Befreiung des Wohlmessungss unbedingt bald wieder ins Gründesfeld gerollt werden muss! Vor allen Dingen, um nur eins herauszupreisen, wird dies durch den Krieg die zweifellos weiterbestehende Tentering zwängen, uns erst einmal mit den rechten Wahlen rütteln.

Venerium zwingen, um es zu einem mit den reichen Lehmzügen zu verschärfen. Die Kollegen haben trotzdem hieraus den Schwerpunkt legen wollen, und dabei steht man, das fehlt der Verfassung, gar zu leicht manche andere Forderung. Deren Verwirklichung dienten ebenso wichtige Th. In den Hintergrund zu schieben versuchen. Zum Beispiel gerade die Befreiung des Wohnraumes beim Arbeitgeber. Das würde jedoch deshalb gefährlich sein, weil sich dann zunächst die Arbeitgeber zum Kleingewerbe für die Belebung durch höhere Wohnzulagen durch Freihaltung von Wohnraume und minderwertigste Leistung in bezug auf die gestellten Wohnräume schädlich halten werden, so dass eine Verbesserung auf diesem Gebiete später immer schwerer wird. Aber auch die Großunternehmer, wenn allerdings in unterm Bauför- und Konditurbereich noch ein geringer Nutzen, haben durch Errichtung von Arbeitersiedlungen w. gezeigt, welche großen Wert sie daraus legen, dass die Arbeitersiedlungen so fest wie irgend verankert an diejenige Scholle interessiert

Die längere Jurisdicssion des Kämptes gegen den Wohn-
ort bringt bedeutet demnach keine Stärkung der Position der
einen Kreise, die eine Interesse daran haben, eine möglichst
große Zahl der Arbeiternassen in weitgehender Unfreiheit
und verschärfter Abhängigkeit vom Arbeitgeber zu erhalten.

Bei diesem Kampfe, dem wir also in jeder erbbaren Bevölkerung scheitern müssen, kommt uns nun aber sein Vordringen nicht zu halten und dort nicht ungenutzt bleiben! Ein einziger Blatt ist schon verschiedenes Maße die Wichtigkeit des Bevölkerungsproblems, also die Bevölkerungsbewegung und der Abschluß des Krieges auf dieselbe behandelt werden. Diese Frage kann und muß in Zusammenhang mit dem uns und die vorige organisierte Arbeiterschaft interessierenden Wohnungswesen beim Arbeitgeber gebracht werden, und sie liegt in der Tat mit ihm in enger Verbindung. Wenn durch den Wohnbaufang hunderttausende von Arbeitern nach Fernerhin gezwungen werden sollen, auf die Ehe zu verzichten, so hat sich ja die Gesamtbevölkerung in höherem Mass mit einem solchen Missstande beschäftigen, als vor dem unvermeidbaren Kriege! Die Erziehung der Belarben ist ja die große Aufgabe, deren Lösung die Regierung, Sozialpolitiker und eine Reihe von Gesellschaften studieren und sie von den verschiedenen Geschichtspunkten aus an Angriff nehmen. Die Erbbedenkmäler liegen auf der Hand und sollen heute nicht nochmals näher erörtert werden. Die organisierte Arbeiterschaft wird nicht immer die Grundlagen des Monarchismus distieren und ihre Macht im einzelnen

agen des Vorfahrens dieser Klasse und ihre Wege in einzelnen
unterfassen wollen; aber darin treten ich legten Endes unsere
und neue Bestrebungen: die Arbeitnehmer müssen unter allen Um-
ständen erst einmal Freiheit der Sache und der Kritik der Regierung
haben. Diese Freiheit ist ihnen unter dem Wohnzwang beseitigt.
Arbeitgeber entzogen, und es liegt sehr weit mehr als vor
dem Kriege im Interesse der Deutschen, sie ihm zu ver-
helfen. Hier auch der öffentliche Druck einsetzen!

Der Wohnzwang bei im Arbeitgeber
im Bezugshaus auf die Gewaltartenfrage.
Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft führt gegen
den Wohnzwang beim Arbeitgeber seit länger Zeit einen zähnen
Krieg. Im Oktober 1994 wurde durch Beschluss einer Vor-
ständekonferenz von Gewerkschaften, deren Mitglieder mit
alten und veralteten Kontrakten noch am meisten zu
zählen haben, eine besondere Kommission zur Befreiung des
sozialen und Wohnzwanges gegründet, deren Arbeitsfähigkeit seit

on- und Wohnungswanges gegründet, deren Arbeitstätigkeit auf
Richtung einer besondern Sozialpolitischen Abteilung bei
der Generalversammlung der Gewerkschaften auf diese Abteilung
vergangen ist. Die zuerst genannte Kommission hat in der
Zeit ihres Bestehens ihre sich gegebene Aufgabe, den bis dahin
in den Räumen der einzelnen Gewerkschaften für diese einzelne
Gewerkschaft selbst, und vielleicht in recht unzulänglicher Weise,
eingerichteten Stämpfe zu einem einheitlichen, alle daran beteiligten
Gewerke zusammenfassenden zu gehalten, voll erfüllt. Es ist
nicht bloß dies gelungen. Seit darüber hinaus wurde
die größere Dezentralisierung angestrebt, und es vermochten mit
der Zeit auch außerhalb der unmittelbar beteiligten Kreise,
sowohl außerhalb der Reihen der Arbeiterschaft, Kräfte, die
sich in dieser oder jener Weise in den Dienst der sothe gestellt

Der Wohnungsmarkt beim Arbeitgeber.

Der Krieg hat der Arbeitserziehung im allgemeinen und
in unserer Schule im besonderen eine willkürliche
und unzulässige Auswirkung gezeigt, die wir uns jährlin-
ger gewünscht haben, in so unmittelbarer Nähe gerückt, dass
diese ganze Zimmertüchtigkeit sich augenblicklich ihnen

